Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger, und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die neungespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 30 Pfennige, auswärtige Anzeigen 35 Pfennige, Reklamepetitzeile 90 Pfennige, auswärtige Reklamen 1 Reichsmark, amtliche Zeile 50 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1909

Nr. 88 — Dienstag, den 16. April 1929 — 24. Jahrgang

Heute Bekanntgabe der Forderungen?

Die Verhandlungen der Reparationskonferenz

Die Vollsitzung der Reparationskonferenz am Sonnabend dauerte von 11 Uhr 30 Minuten bis 12 Uhr 40 Minuten französischer Zeit. Von den vier Hauptgläubigerdelegationen wurde, wie angekündigt, das Memorandum dem Sachverständigenausschuß als solchem, und nicht etwa der deutschen Delegation übergeben. Das Dokument soll als Beitrag zur Erleichterung und Klärung der Diskussion über die Zahlen dienen. Das Memorandum, das als Vorschlag zu gelten hat, nicht aber als ein Beschluß der Hauptgläubiger, wurde verlesen. Die nächste Vollsitzung findet am Montag vormittag 11 Uhr statt. Sie wird darüber zu entscheiden haben, ob eine Veröffentlichung des Textes des Memorandums erfolgen soll oder nicht. Eine Aussprache über den Inhalt des Dokuments fand nicht statt, jedoch eine Besprechung über die Zweckmäßigkeit der Veröffentlichung. Ueber die Zahlen ist amtlich nichts mitgeteilt worden.

Im Laufe der Besprechung des Pressеausschusses, der aus je einem Mitglied der sieben vertretenen Delegationen besteht und der nach Schluß der Vollsitzung zusammengetreten ist, wurde wiederum wie vor acht Tagen Beschwerde über das Verhalten eines Teiles der französischen Presse geführt. Deutscherseits ist darauf hingewiesen worden, daß die Pressekampagne der letzten Tage den Charakter der Reparationskonferenz dadurch entwertet hat, daß man von Parteien, die einander gegenüberstehen, gesprochen hat, während in Wirklichkeit eine Konferenz tagt, die ein die Allgemeinheit interessierendes Problem ohne Rücksicht auf politische Fragen zu lösen hat.

Die Arbeit der Sachverständigen ist begründet auf ihrer Kenntnis von den finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenhängen in der Welt und ihrer Verbindung mit dem Reparationsproblem. Die Aufgabe der Sachverständigen besteht darin, in gründlicher gemeinsamer Untersuchung zu erforschen, wie viel Deutschland im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit bezahlen darf, ohne aus dem Rahmen der Weltwirtschaft auszuscheiden, und was die reparationsberechtigten Länder an Zahlungen und Leistungen im normalen Wirtschaftsaustausch erhalten können.

Die Tatsache, daß der Vorsitzende Owen Young das Memorandum der Delegationen der vier hauptreparationsberechtigten Länder entgegengenommen hat, ist nicht in dem Sinne auszulegen, daß er sich selbst mit diesem Memorandum identifiziert. Er hat auch in keiner Weise hierzu Stellung genommen.

•

Die Höhe der Forderungen

Wie verlautet, bestätigen sich die Zahlen nicht, die die französische Morgenpresse hinsichtlich der Jahreszahlungen (1800 Millionen bis 2300 oder 2400 Millionen Goldmark), auf die sich die vier Delegationen geeinigt haben sollten, genannt hat; es wird vielmehr behauptet, daß die wirklichen Zahlen noch höher liegen als die angeführten.

Die Berliner Presse zum Reparationsmemorandum

Die Berliner Blätter nehmen bisher nur zum Teil Stellung zu den von den Alliierten in Form eines Memorandums in Paris aufgestellten Forderungen, aber alle Zeitungen, ganz gleich welcher Parteirichtung, bringen in den Ueberschriften und in den Ausführungen ihrer Pariser Berichterstatter in schärfster Form zum Ausdruck, daß die bisher genannten Zahlen für Deutschland unannehmbar sind. Das „Berliner Tageblatt" (Dem.) gebraucht die Ueberschrift, „Die maßlosen Forderungen der Gläubigermächte", und schreibt, „daß ein Ja für eine derartige Zahl vollkommen ausgeschlossen ist, braucht nicht noch einmal begründet zu werden". Der Pariser Vertreter der „Vossischen Zeitung", (Dem.) der ebenso wie die anderen Berichterstatter darauf hinweist, daß die bisher veröffentlichten Zahlen noch hinter der Wirklichkeit zurück zu bleiben scheinen, bezeichnet es als den einzigen Lichtblick, daß das Memorandum nicht die Unterschrift des Konferenzvorsitzenden Young trägt und glaubt daraus den Schluß ziehen zu dürfen, daß Young es abgelehnt hat, sich mit den Forderungen der Gläubigerländer zu identifizieren, die für Deutschland nicht nur unannehmbar, sondern auch indiskutabel sind.

Auch der „Vorwärts" (Soz) bezeichnet die Forderungen als schlimmer, als alle vorher sahen und weist ebenfalls auf das Fehlen der amerikanischen Unterschrift hin.

Die „Germania" (Ztr) schreibt, was die Höhe der Forderungen anbelangt, „so liegt sie weit jenseits dessen, was nach übereinstimmender Meinung aller Deutschen und wir glauben sagen zu können, aller unvoreingenommenen Experten tragbar ist."

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" D. V. P. spricht von dem Todesstoß für die Tributkonferenz. Es wäre grenzenlos optimistisch, wenn man heute noch an einen Erfolg der deutschen Bemühungen glauben wollte. Der Sachverständigen-Charakter der Konferenz sei restlos untergegangen, und es habe sich der Block der Alliierten herausgeschält.

Der „Brl. Lokal-Anzeiger" (Dntl.) nennt die Forderungen ebenfalls undiskutabel. Man habe sehen wollen, was die deutschen Delegierten pflichtgemäß an ernsten Einwürfen gegen den Bericht des Reparationsagenten vorbrachten. — Die „Kreuz Zeitung" (Dtnl.) überschreibt ihre Nachricht „Pariser Milliardenwahn". — Die „Deutsche Tageszeitung" (Dtnl.) „Die Maske fällt." — Der „Tag" (Dntl) weist darauf hin, daß es nicht auf den Gegenwartswert von 38 Milliarden ankomme, sondern darauf, daß Deutschland mit Zins und Zinseszinsen in zwei Menschenaltern das Dreifache dieser Summe zahlen soll.

Amerikanischer Vermittelungsvorschlag?

Die Berichte der Pariser Korrespondenten der amerikanischen Zeitungen über die neuformulierten Forderungen der Alliierten sind sehr widerspruchsvoll, aber durchaus objektiv gehalten. Der Berichterstatter der „Chicago Tribune" meldet, daß selbst Neutrale die neuen Zahlungen immer noch für zu hoch halten, daß die amerikanischen Sachverständigen diesen neuen Zahlen durchaus fernstünden und Owen D. Young nunmehr wahrscheinlich gezwungen sei, von sich aus niedrigere Zahlen vorzuschlagen.

Ein neues polnisches Kabinett

Der neue Ministerpräsident Dr. Switalski hat gestern seine Regierung gebildet. Die Ernennungsdekrete wurden um 5 Uhr nachmittags vom Staatspräsidenten unterzeichnet. Die Regierung hat folgende Zusammensetzung: Vorsitz: Dr. Kasimir Switalski (früher Unterrichtsminister im Kabinett Bartel); Innenminister: General Slawoj-Skladkowski; Außenminister: August Zaleski; Kriegsminister: Marschall Pilsudski; Leiter des Finanzministeriums: Oberst Matuszewski; Justizminister Car; Handelsminister: E. Kwiatkowski; Postminister: Oberst Boerner; Agrarreform-Minister: Stanlewicz; Minister für öffentliche Arbeiten: Moraczewski; Minister für soziale Fürsorge: Oberleutnant Prystor; Verkehrsminister: Ingenieur Kühn; Kultus- und Unterrichtsminister: Czerwinski, bisher Unterstaatssekretär.

Bemerkenswert ist der Umstand, daß beim Finanzministerium ein aus hervorragenden Wirtschaftlern bestehender Finanzrat gebildet werden wird, dessen Vorsitz der kürzlich zurückgetretene und vom Sejm wegen Budgetüberschreitung unter Anklage gestellte ehemalige Finanzminister Gabriel Czechowicz führen wird.

Als neue Persönlichkeiten sind in die Regierung Switalski eingetreten der bisherige Gesandte in Budapest Oberst Matuszewski, der Direktor der staatlichen Petroleumgesellschaft Polmin, Oberstleutnant Boerner, und der Vertraute Marschall Pilsudskis und der bisherige Chef des Militärkabinetts des Marschalls, Prystor, endlich der frühere Unterstaatssekretär Czerwinski. Die übrigen Minister bekleideten bis zuletzt die gleiche Stellung in der Regierung Dr. Bartels mit Ausnahme des konservativ gesinnten Landwirtschaftsministers Niezabytowski, der schon vor einigen Monaten aus dem Kabinett Bartel ausgeschieden ist.

Die neue Regierung erhält ihre besondere Prägung durch die Tatsache, daß Ministerpräsident Dr. Switalski als Vertrauensmann der extrem-pilsudskistischen parlamentsfeindlichen sogenannten Oberstengruppe gilt.

Der Eindruck dieser Bildung wird noch verstärkt durch die hohe Zahl der der neuen Regierung angehörenden Militärs. Diese Zusammensetzung der neuen Regierung muß somit als unmittelbare Folge des letzten gegen den Sejm gerichteten Artikels Pilsudskis angesehen werden.

Als Zugeständnis an die dem heutigen Regierungssystem nahestehenden Wirtschaftskreise kann der Umstand eingeschätzt werden, daß Handelsminister Kwiatowski seinen Posten behalten hat und der ehemalige Finanzminister Czechowicz zum Vorsitzenden des wirtschaftlichen Beirates beim Finanzministerium erkoren wurde. Vom außenpolitischen Standpunkt angesehen ist bemerkswert, daß Zaleski das Außen-Portefeuille behält.

7500 Kundgebungen zur Abrüstungsfrage

Rund 7500 Kundgebungen zur Abrüstungsfrage sind in Verfolg des Vorgehens des Exekutivkomitees der Sozialistischen Internationale bis heute bei der Abrüstungsabteilung des Völkerbundssekretariats eingetroffen. In allen diesen Kundgebungen, die aus 21 Ländern kommen, wird unter Berufung auf die Beschlüsse der beiden letzten Völkerbundsversammlungen der beschleunigte Abschluß der Arbeiten des Abrüstungsausschusses und die baldige Einberufung der Abrüstungskonferenz selbst verlangt. Rund 4000 Kundgebungen stammen allein aus Holland, wo sich außer den sozialistischen Ortsgruppen auch Kirchengemeinderäte dem Vorgehen angeschlossen haben, über 1900 stammen aus Schweden, etwa 540 aus der Tschechoslowakei, 230 aus Frankreich und 160 aus Rumänien. In den übrigen Ländern, so auch in England (125 Kundgebungen), in Deutschland (80), in Spanien (70), in Belgien und in Ungarn (je 30), haben sich dagegen nur die Parteivorstände, Fraktionen und Bezirksvorstände mit dem Abrüstungsappell an den Völkerbund gewandt. Außerdem sind Abrüstungskundgebungen eingegangen von China, Dänemark, Danzig, Finnland, Griechenland, Lettland, Oesterreich Palästina, Polen, Portugal und der Schweiz.

Die Abordnung des Exekutivkomitees, in der die Arbeiterschaft der Siegerländer durch Renaudel-Frankreich und de Brouckère-Belgien vertreten ist, die Arbeiterschaft der neutralen Länder durch den Holländer Abreda und die der besiegten Länder durch den Reichstagsabgeordneten Wels, ist bereits am Sonntag in Genf eingetroffen. Zur Bekräftigung dieser Kundgebungen wird sie am Montag nachmittag vor dem Präsidenten des Vorbereitungsausschusses, London, durch de Brouckère, der wiederholt die belgische Regierung im Vorbereitungsausschuß vertreten hat, eine gemeinsame Erklärung abgeben. Im Anschluß an die Unterredung mit London wird die Abordnung die Pressevertreter von ihrer Aktion unterrichten.

Ministerpräsident Braun und die Verfassungsfeiern.

In einer Kleinen Anfrage der deutschnationalen Fraktion war auf einen an den Kultusminister gerichteten Erlaß des preußischen Ministerpräsidenten hingewiesen worden, in dem ersucht worden war, um künftig die sogenannten Reichsgründungsfeiern am 18. Januar zu unterbinden, dem Geist der Neuzeit und der Republik entsprechende Verfassungsfeiern der Hochschulen am 11. August zu setzen. Auf die Frage, ob tatsächlich ein solcher Erlaß ergangen sei, hat der preußische Ministerpräsident nunmehr in bejahendem Sinne geantwortet.

Der kommunistische Abgeordnete Pieck nicht seines Postens enthoben.

Wie das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands mitteilt, ist die Meldung, daß der kommunistische Reichstagsabgeordnete Pieck seines Amtes als Bezirksvorsitzender der KPD. von Berlin-Brandenburg enthoben worden ist, unzutreffend.

Ergebnislose Lohnverhandlungen im Ruhrbergbau.

In den Verhandlungen zwischen dem Zechenverband und den Bergarbeiter-Verbänden forderten die Gewerkschaften eine allgemeine Lohnerhöhung von einer Mark je Schicht, was vom Zechenverband abgelehnt wurde. Dieser schlug wegen des engen Zusammenhanges zwischen Lohn-, Arbeitszeit- und Manteltarif, die von ihm zum 30. Juni gekündigt sind, eine Hinausschiebung auch der Lohnregelung bis zu diesem Termin vor. Gleichzeitig erklärte der Zechenverband, daß er mit Rücksicht auf die Lage des Ruhrbergbaus eine Verlängerung der Schichtzeit unter Tage um eine halbe Stunde, also wie in der Vorkriegszeit, oder eine Lohnherabsetzung von 5 Vorzent verlangen müsse. Da die Gewerkschaften dies ablehnten, wurden die Verhandlungen abgebrochen. Sie werden voraussichtlich am 22. ds. Mts. vor dem Schlichter fortgesetzt werden.

Italienische Stimmen über das Verhältnis zu Deutschland.

„Tevere" begrüßt das Erscheinen von italienisch-deutschen Verständigungsartikeln in den Preußischen Jahrbüchern, und in der Rassegna Italiana wird als das Ziel dieser Verständigung bezeichnet, die Geschichtsfälschungen zu beseitigen, daß Deutschland die Kriegsschuld trage, und daß Italien den Dreibund verraten habe. Deutschland und Italien könnten der papiernen Entente cordiale eine solidere und dauerhaftere Entente gegenüberstellen, der sich sicher auch England anschließen würde, hauptsächlich wegen der Deutschfreundlichkeit der Dominien.

Die Betriebsratswahlen auf den Kieler Werften.

Auf den großen Kieler Werften, der Germania-Werft und den Deutschen Werken, fanden am Sonnabend die Betriebsratswahlen statt, denen im Hinblick auf die starken gewerkschaftlichen Gegensätze innerhalb der Arbeiterschaft eine besondere Bedeutung zukommt und die als Stimmungsbarometer zu bewerten sind. Die Kommunisten, die bei zahlreichen Wahlen der letzten Zeit Gewinne verzeichneten, haben auch bei diesen Betriebsratswahlen Stimmen und Sitze erringen können. So erhielten sie, wie der Christliche Metallarbeiterverband mitteilt, bei den Wahlen zum Betriebsrat der Germania-Werft vier Sitze, während sie bisher hier überhaupt nicht vertreten waren. Die freien Gewerkschaften erhielten 12 Sitze (bisher 17), die christlichen Gewerkschaften behaupteten ihren bisherigen einzigen Sitz, die vaterländischen Arbeitervereine gingen leer aus. Bei den Deutschen Werken gelang es den Kommunist nicht, ein Mandat zu erlangen. Die freien Gewerkschaften erhielten hier 17 Sitze gegenüber 19 im vorjährigen Betriebsrat, die christlichen Gewerkschaften erhöhten die Zahl ihrer Mandate um einen Sitz auf drei; die vaterländischen Arbeitervereine gingen auch hier leer aus.

Amerikanische Vorstellung gegen die Filmkontingentierung in Europa.

Wie Reuter erfährt, hat das Staatsdepartement bei verschiedenen europäischen Ländern, darunter Deutschland, Oesterreich, Frankreich, der Tschechoslowakei, Italien, Ungarn und Spanien, Vorstellungen wegen der Kontingentierung amerikanischer Filme erhoben. Es verlautet, daß die Vereinigten Staaten einem Lande nicht das Recht absprechen, Maßnahmen zum Schutz der einheimischen Traditionen und der öffentlichen Moral zu treffen, jedoch werde darauf hingewiesen, daß Amerika keinerlei Beschränkungen dieser Art eingeführt habe.